



Niederschrift

22. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Inklusion

Sitzungstermin:	Dienstag, 06.09.2016
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	19:53 Uhr
Ort, Raum:	Raum 1.077, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Frau Imke Eisenblätter	SPD	Sitzungsleitung
------------------------	-----	-----------------

Ausschussmitglieder

Frau Kati Biesecke	DIE LINKE	
Frau Jana Schulze	DIE LINKE	
Frau Birgit Eifler	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Irene Kamenz	Bürgerbündnis-FDP	

zusätzliches Mitglied

Frau Christine Anlauff	DIE aNDERE	
------------------------	------------	--

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Franz Blaser	SPD	Vertretung für: Frau Dr. Uta Wegewitz SPD
-------------------	-----	---

sachkundige Einwohner

Frau Angela Basekow	SPD	ab 18:40 Uhr
Frau Dr. Gabriele Herzel	DIE LINKE	
Frau Gudrun Hofmeister	DIE LINKE	
Frau Barbara Müller	Bürgerbündnis-FDP	
Herr Wolfgang Puschmann	Seniorenbeirat	
Frau Monique Tinney	DIE aNDERE	

Beigeordneter

Herr Mike Schubert	SPD	
--------------------	-----	--

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Herr Hans-Wilhelm Dünn	CDU/ANW	nicht entschuldigt
------------------------	---------	--------------------

stellv. Ausschussmitglieder

Frau Dr. Uta Wegewitz	SPD	entschuldigt
-----------------------	-----	--------------

sachkundige Einwohner

Frau Christiane Dreusicke	CDU/ANW	entschuldigt
---------------------------	---------	--------------

Frau Nicole Einbeck	Beirat für Menschen mit Behinderung	entschuldigt
Frau Olga Gelfand	Migrantenbeirat	entschuldigt
Herr Axel Mertens	Bündnis 90/Die Grünen	entschuldigt
Herr Karsten Oqueka	Potsdamer Demokraten/BVB Freie Wähler	entschuldigt
Herr Bertram Otto	SPD	entschuldigt

Gäste:

Frau Martina Trauth-Koschnick	Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
Frau Magdolna Grasnack	Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
Herr Frank Thomann	FB Soziales und Gesundheit
Frau Martina Spyra	Schriftführerin

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 14.06.2016 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 2 Berichte der Beiräte und des Inklusionsgremiums
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 3.1 Kinder- und Gewaltschutzkonzept für Gemeinschaftsunterkünfte
Vorlage: 16/SVV/0218
Fraktion DIE aNDERE
- Wiedervorlage -
- 3.2 Expertenbeirat zur Qualitätssicherung von Sprachkursen
Vorlage: 16/SVV/0403
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 3.3 Räume für Deutschunterricht für Flüchtlinge
Vorlage: 16/SVV/0419
Fraktion DIE LINKE
- 3.4 Sitzungskalender 2017
Vorlage: 16/SVV/0408
Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 4.1 Gleichstellungsplan 2015 - 2019
Vorlage: 16/SVV/0348
Oberbürgermeister, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
- Wiedervorlage -

- 4.2 Richtlinie zur Förderung der von Angeboten zur sozialen Integration von Geflüchteten
Vorlage: 16/SVV/0453
- 4.3 Benennung eines Vertreters/einer Vertreterin des GSI-Ausschusses in das Auswahlgremium
- 4.4 Informationen der Verwaltung
- 5 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch die Ausschussvorsitzende, Frau Imke Eisenblätter.
Sie begrüßt Herrn Schubert als neuen Beigeordneten für Soziales, Jugend, Gesundheit und Ordnung.

zu 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 14.06.2016 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Frau Eisenblätter stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 6 von 7 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist die Beschlussfähigkeit des Ausschusses gegeben.

Frau Eisenblätter stellt die Niederschrift vom 14.06.2016 zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 5
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 1

Frau Eisenblätter stellt die Tagesordnung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6

zu 2 Berichte der Beiräte und des Inklusionsgremiums

Herr Puschmann weist darauf hin, dass es nach wie vor große Probleme mit der Besetzung des Seniorenbüros gibt. In einem Brief an den Oberbürgermeister vor der Sommerpause wurde die Sachlage erneut dargelegt und darauf hingewiesen, dass mit Abschluss der Seniorenwoche 2016 die Tätigkeit des Seniorenbeirates unterbrochen wird.

Es wurde dem **Seniorenbeirat** durch Herrn Thomann in Aussicht gestellt, dass ab dem 01.08.2016 eine Bürokraft für 10 Stunden pro Woche zur Verfügung gestellt wird. Mit der Bürokraft wurde verabredet, dass sie dienstags und donnerstags jeweils für 5 Stunden zu den Sprechzeiten das Büro besetzt. Bisher ist diesbezüglich nichts geschehen.

Des Weiteren teilt Herr Puschmann mit, dass zur Eröffnungsveranstaltung der diesjährigen Seniorenwoche nicht ein Vertreter/eine Vertreterin der Stadtspitze anwesend war. Dies ist nicht gut bei den älteren Bürgerinnen und Bürgern angekommen.

Er erinnert daran, dass am 09.09.2016 das Lauffest zugunsten der Stiftung Altenhilfe stattfindet, das durch den Seniorenbeirat unterstützt wird. Dies wird auch in diesem Jahr so sein. Am nächsten Dienstag findet die nächste Beiratssitzung statt. Er wird dort u.a. informieren, dass keine der Zusagen erfüllt wurde.

Herr Puschmann verweist auf den aktuell vorliegenden Seniorenplan, der nun nicht mehr die Besetzung der Stelle im Seniorenbüro beinhaltet.

Er bittet, dass mit den Ehrenamtlern anders umgegangen, insbesondere vor dem Hintergrund, dass sehr viele Senioren und Seniorinnen ehrenamtlich tätig sind.

Abschließend macht er deutlich, dass für die Arbeit des Seniorenbeirates objektive und subjektive Bedingungen geschaffen werden müssen.

Herr Schubert signalisiert Herr Puschmann seine Gesprächsbereitschaft sagt zu, die nächsten Wochen auch dazu zu nutzen, sich aufeinander zuzubewegen.

Herr Thomann betont, dass er die Arbeit des Seniorenbeirates und insbesondere die von Herrn Puschmann schätzt. Er macht deutlich, dass es für das Seniorenbüro keine Planstelle gibt. Als Lösung des Problems erfolgt über die Suche einer Bürokraft durch das Jobcenter für die nächsten zwei Jahre. Es gibt die Zusage, dass dies durch den Fachbereich Soziales und Gesundheit aktiv unterstützt wird. Zunächst wurde zugesagt, dass eine Sekretärin bis zur Besetzung der Stelle durch das Jobcenter für 10 Stunden in der Woche die Tätigkeiten im Büro des Seniorenbeirates tätig ist. Leider ist die Kollegin für längere Zeit erkrankt.

Herr Thomann hat sich nach seiner Rückkehr aus seinem Urlaub sofort um Ersatz bemüht. Alle schriftlichen Arbeiten können an sein Sekretariat zur Erledigung gegeben werden. Für einen Tag pro Woche wird eine Bürokraft aus seinem Fachbereich die Sprechzeit im Seniorenbüro übernehmen, bis die Mitarbeiterin aus der Erkrankung zurück ist.

Herr Puschmann erklärt, dass es mit den Mitarbeitern des Fachbereichs Soziales und Gesundheit eine sehr gute Zusammenarbeit gibt. Insbesondere durch Frau Kitzmann gibt eine große Unterstützung.

zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 3.1 Kinder- und Gewaltschutzkonzept für Gemeinschaftsunterkünfte Vorlage: 16/SVV/0218

Fraktion DIE aNDERE

- Wiedervorlage -

Frau Anlauff weist darauf hin, dass der Jugendhilfeausschuss dem Antrag bereits mit einer kleinen Ergänzung zugestimmt hat. Der erste Satz des Antrages wurde folgendermaßen ergänzt: *„Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ein Kinder- und Gewaltschutzkonzept zu erarbeiten, das verbindliche Standards für die*

*Gewaltprävention **speziell** in Gemeinschaftsunterkünften formuliert.“*

Herr Schubert erinnert daran, dass es bereits in der letzten Sitzung des GSI-Ausschusses eine Verständigung zum vorliegenden Antrag gab. Hier gab es die Verabredung, dass die Ausschussmitglieder bis zum 23.08.2016 an Frau Spyra Vorschläge bezüglich einzuladender Trägervertreter von Gemeinschaftsunterkünften melden sollten, um diese zur heutigen Sitzung einladen zu können.

Er schlägt vor, dass pro Fraktion ein Vertreter zur nächsten Sitzung des GSI-Ausschusses eingeladen wird, um sich zu verständigen, wie die Umsetzung des Antrages konkret erfolgen soll.

Frau Anlauff spricht sich dafür aus, den Antrag zu beschließen und dann das vorgelegte Konzept zu beraten.

Frau Schulze stimmt dem Vorschlag von Herrn Schubert zu. Sie bittet, dass dies in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses als Information der Verwaltung aufgerufen und eventuell eine inhaltliche Diskussion dazu geführt wird.

Herr Thomann teilt mit, dass in der Zwischenzeit eine Befragung in den Einrichtungen gegeben hat. Er sagt zu, den Ausschussmitgliedern eine Zusammenfassung der Rückmeldungen zur Verfügung zu stellen.

Herr Schubert sagt zu, dass alle Ausschussmitglieder eine Zusammenfassung der Ergebnisse der Befragung in den Gemeinschaftsunterkünften erhalten. Die Fraktionen melden innerhalb der nächsten 14 Tage an Frau Spyra ihre Vorschläge, welche Experten in die nächste Sitzung des GSI-Ausschusses eingeladen werden sollen. Dann wird gemeinsam beraten, wo Überarbeitungsbedarf besteht.

Frau Eisenblätter stellt die erneute Rückstellung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

zu 3.2 Expertenbeirat zur Qualitätssicherung von Sprachkursen

Vorlage: 16/SVV/0403

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Eifler weist darauf hin, dass der Antrag bereits im Ausschuss für Bildung und Sport beraten und bis zur Februarsitzung 2017 zurückgestellt wurde.

Herr Thomann informiert, dass am 26.08.2016 durch die Fachstelle für Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigungsförderung der Antrag auf Gewährung einer Bundeszuwendung auf Ausgabenbasis zur Fördermaßnahme „Kommunale Koordinierung der Bildungsangebote für Neuzugewanderte“ versandt wurde und mit Bestätigung vom 29.08.2016 fristgerecht beim Zentrum für Luft- und Raumfahrt eingegangen ist. Dabei handelt es sich um eine Projektförderung, die sich strategisch folgender inhaltlicher Zielstellungen widmet:

1. Bedarfserfassung in Bezug auf sämtliche Bildungs- und Qualifizierungsangeboten

2. Herstellung einer Transparenz von Angeboten hinsichtlich Qualität und Quantität
3. Abstimmung der verschiedenen Angebote im Sinne eines zielgerichteten Bildungsmanagements
4. Entwicklung bedarfsgerechter Bildungs- und Qualifizierungsangebote.

Das Vorhaben selbst ist in der gegenwärtigen Organisationsstruktur zur Bildung verankert und greift auf den bereits bestehenden Beirat und die Steuerungsgruppe Bildung zurück.

Die Kernschwerpunkte aus dem Antrag können aufgegriffen werden, dies wären folgende:

- Erfassung der Träger, die Deutschkurse anbieten,
- Erfassung der jeweiligen Kapazität,
- Erfassung der Umsetzungsqualität sowie
- Setzen von Standards für unterschiedliche Kompetenzniveaus.

Eine Realisierung des Vorhabens kann nach einer erfolgten Bewilligung zum 01.01.2017 beginnen – die Förderung (zu 100% der Personalkosten) läuft vorerst über zwei Jahre.

Frau Eisenblätter stellt die Rückstellung des Antrages bis zur Februar-Sitzung 2017 zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6
 Ablehnung: 0
 Stimmenthaltung: 0

zu 3.3 Räume für Deutschunterricht für Flüchtlinge

Vorlage: 16/SVV/0419

Fraktion DIE LINKE

Herr Thomann informiert, dass der Antrag bereits im Ausschuss für Bildung und Sport behandelt wurde. Am 02.08.2016 gab es eine Begehung vor Ort an der Vertreter/innen der Fraktion DIE LINKE und der Verwaltung teilgenommen haben. Dabei wurde auch das Gebäude der e.dis Energie Nord AG besichtigt. Das Gebäude liegt auf der der Gemeinschaftsunterkunft gegenüber liegenden Straßenseite der Zeppelinstraße. Alle Beteiligten haben die Überquerung der Straße für gefährlich gehalten.

Herr Thomann teilt mit, dass in der Gemeinschaftsunterkunft Zeppelinstraße 55 durch bauliche Veränderungen entsprechende geeignete Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden können, so dass dort der Unterricht durchgeführt werden kann.

Frau Schulze fragt, ob zugesichert werden kann, dass der Beginn der Arbeiten in der StVV am 14.09.2016 übermittelt werden kann.

Herr Thomann kann dies nicht zusichern, da für die Nutzungsänderung erforderliche Vorarbeiten geleistet werden müssen. U.a. muss das Brandschutzkonzept angepasst werden.

Herr Schubert sagt zu, den Fraktionen bis zu den Fraktionssitzungen am 12.09.2016 die entsprechenden Informationen zukommen zu lassen.

Frau Schulze schlägt vor, dass keine Abstimmung zum Antrag erfolgt. Die Fraktion wird sich verständigen, wie mit dem Antrag weiter umgegangen wird.

Der Antrag wird zur Kenntnis genommen. Es wird verabredet, dass die Fraktionen zum 12.09.2016 eine Information zum Stand der baulichen Maßnahmen in der Gemeinschaftsunterkunft Zeppelinstraße 55 bekommen. Die Fraktion DIE LINKE wird dann entscheiden, ob der Antrag durch Verwaltungshandeln erledigt ist.

zu 3.4 **Sitzungskalender 2017**

Vorlage: 16/SVV/0408

Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Frau Eisenblätter weist darauf hin, dass laut Sitzungskalender im Januar 2017 zwei Sitzungen für den GSI-Ausschuss eingeplant sind. Sie schlägt vor, die Sitzung am 17.01.2017 durchzuführen.

Des Weiteren macht sie darauf aufmerksam, dass die Aprilsitzung am Dienstag nach Ostern geplant ist und somit in die Ferien fällt. Sie schlägt vor, die Sitzung eine Woche später, also am 25.04.2017, durchzuführen.

Frau Biesecke macht darauf aufmerksam, dass die Dezembersitzung erst sehr kurz vor Weihnachten stattfindet. Sie schlägt vor, die Sitzung eine Woche eher durchzuführen.

Aufgrund des Hinweises von Frau Spyra, dass dann aufgrund der Ladungsfrist nicht die Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung behandelt werden können. Wird der Termin der Dezembersitzung beibehalten.

Frau Eisenblätter stellt den Sitzungskalender mit den verabredeten Änderungen im Januar und im April 2017 zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Sitzungskalender 2017 als Arbeitsgrundlage für die Stadtverordnetenversammlung, ihrer Fraktionen und Ausschüsse sowie weiterer Gremien.

Mit folgenden Änderungen:

Die Sitzung am 10.01.2017 entfällt.

Die Sitzung vom 18.04.2017 wird auf den 25.04.2017 verschoben.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

zu 4 **Mitteilungen der Verwaltung**

zu 4.1 **Gleichstellungsplan 2015 - 2019**

Vorlage: 16/SVV/0348

Oberbürgermeister, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
- Wiedervorlage -

Frau Trauth-Koschnick stellt anhand einer Powerpoint-Präsentation den Gleichstellungsplan vor und verweist auf das Landesgleichstellungsgesetz. Sie macht deutlich, dass es eine Pflichtaufgabe der Kommune ist, einen

Gleichstellungsplan zu erstellen.

Ziel ist die Verwirklichung der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern im öffentlichen Dienst, sowie die Verbesserung der Arbeitsbedingungen zur Erleichterung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Sie geht auf den Inhalt des Gleichstellungsplanes ein und stellt Beispiele für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie vor. Anschließend gibt Frau Trauth-Koschnick einen Überblick über die Ergebnisse der Analyse zur Beschäftigtenstruktur seit 2010 bis zum Stichtag 31.12.2014.

Herr Schubert dankt Frau Trauth-Koschnick für die Vorstellung des Gleichstellungsplanes.

Er bittet darüber nachzudenken, wie sich die Altersabgänge in den nächsten Jahren gestalten und wie hier gesteuert wird. Er hält es für sehr wichtig, sich die Altersstruktur anzusehen, da eine Unmenge an Wissen und Erfahrung verloren geht, wenn langjährige Führungskräfte in den Ruhestand gehen. Dies sollte als gemeinsame Aufgabe erkannt werden und dem sollte auf geeignete Weise begegnet werden.

Frau Biesecke betont, dass in den männerdominierten Bereichen eine Sensibilisierung für die Einstellung von Frauen in Form von Weiterbildungen erfolgen sollte.

Frau Trauth-Koschnick macht deutlich, dass die Führungskräfte dafür verantwortlich sind, dass das Gleichstellungskonzept umgesetzt wird.

Der Gleichstellungsplan wird zur Kenntnis genommen.

zu 4.2 Richtlinie zur Förderung der von Angeboten zur sozialen Integration von Geflüchteten Vorlage: 16/SVV/0453

Herr Thomann stellt die Richtlinie zur Förderung von Angeboten zur sozialen Integration von Geflüchteten vor und weist darauf hin, dass mit der Richtlinie nicht nur Angebote für Flüchtlinge in Gemeinschaftsunterkünften gefördert werden sollen, sondern auch für Flüchtlinge, die in Wohnungen leben. Wichtig ist hierbei die aktive Mitwirkung von Geflüchteten und Anwohnern auf ehrenamtlicher Basis. Hierbei kann es sich um stadtteilbezogene oder stadtteilübergreifende Projekte handeln.

Die Auswahl der Förderprojekte erfolgt im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel durch ein Gremium mit einfacher Mehrheit.

Das Gremium besteht aus Vertretern

- des Fachbereichs Soziales und Gesundheit
- des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Inklusion
- des Geschäftsbereichs Bildung, Kultur und Sport
- des Ausschusses für Bildung und Sport
- des Ausschusses für Kultur und Wissenschaft
- der Servicestelle Tolerantes und sicheres Potsdam
- der Beauftragten für Migration und Integration
- des Migrantenbeirates.

Frau Schulze fragt, wie die Informationspolitik gegenüber den Trägern erfolgt.

Herr Thomann teilt mit, dass alle Träger die Richtlinie erhalten haben. Zu allen Trägern besteht ein guter Kontakt, der auch dazu genutzt wird, die Träger

aufzufordern, die entsprechenden Anträge einzureichen. Des Weiteren erfolgt eine öffentliche Bekanntmachung.

Frau Basekow verweist auf die Anlage „Allgemeine Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung der LH Potsdam“ und bittet um schriftliche Erläuterungen dazu.

Frau Tinney erinnert an den Umzug der Gemeinschaftsunterkunft von Lerchensteig an den Schlaatz und dankt allen beteiligten Akteuren für die gute und erfolgreiche Integrationsarbeit.

Sie hat der Richtlinie nicht entnehmen können, dass das Gremium eine sinnvolle lokale Verteilung der Mittel vornimmt. Sie fragt daher, ob eine Gerechtigkeit bei der Verteilung innerhalb der Stadt herbeigeführt werden soll.

Herr Thomann erklärt, dass es kein Verteilungsmodell gibt. Es ist Aufgabe des Gremiums, sich hierzu zu verständigen. Das Gremium sollte sich eine Geschäftsordnung geben, die diesen Aspekt beinhaltet.

Herr Blaser fragt, um welche Höhe der zu verteilenden Mittel es geht.

Herr Thomann informiert, dass 2016 Mittel in Höhe von 300.000 Euro zur Verfügung stehen. Für 2017 sollte die Höhe der auszureichenden Mittel analog sein.

zu 4.3 Benennung eines Vertreters/einer Vertreterin des GSI-Ausschusses in das Auswahlgremium

Frau Eifler schlägt Frau Eisenblätter als Vertreterin des GSI-Ausschuss vor.

Frau Schulze bekundet ebenfalls ihr Interesse an der Mitarbeit in dem Gremium und begründet dies.

Frau Eisenblätter stellt die Vorschläge zur Abstimmung:

Frau Eisenblätter und Frau Schulze erhalten jeweils 3 Stimmen.

Daraufhin erfolgt eine Wahl in geheimer Abstimmung anhand von Stimmzetteln in einer dafür vorgesehen Wahlkabine. Alle stimmberechtigten Ausschussmitglieder werden namentlich aufgerufen.

Im Ergebnis der Wahl erhalten Frau Eisenblätter und Frau Schulze jeweils 3 Stimmen.

Die Ausschussmitglieder einigen sich auf die Durchführung eines Losverfahrens. Frau Spyra bereitet zwei Lose vor. Herr Schubert zieht in Anwesenheit aller Ausschussmitglieder ein Los. Im Ergebnis wird Frau Jana Schulze den GSI-Ausschuss im Auswahlgremium vertreten.

zu 4.4 Informationen der Verwaltung

Herr Thomann spricht das Problem der **Übernachtungen von nicht zugewiesenen Personen in Gemeinschaftsunterkünften** an. Die Einschränkungen ergeben sich insbesondere zur Wahrung der Ordnung und

Sicherheit, zum Schutz von Frauen und Kindern und Beachtung von geschlechterspezifischen Belangen.

Die Hausordnung ist ein Bestandteil des Betreuungsvertrages mit dem Träger der Einrichtung. In der Hausordnung ist geregelt, dass in der Zeit von 7:00 Uhr bis 22:00 Uhr Besuch empfangen werden kann.

Die Hausordnung wird den Bewohnern bei Einzug zur Kenntnis gegeben.

Herr Thomann berichtet, dass es in einem Fall einen Hinweis des Wachschutzes auf Drogenkonsum gab und auch darauf, dass mitunter nicht bekannt sei, welche Personen sich in den Gemeinschaftsunterkünften aufhalten. Es soll auch vermieden werden, dass sich Personen unangemeldet über einen längeren Zeitraum in Einrichtungen aufhalten.

Ein weiterer Grund ist auch der Brandschutz, insbesondere die Rettung. Hierzu ist ein Überblick erforderlich, über die Personen, die sich im Haus aufhalten.

Die Hausordnung sollte in Absprache mit Sozialarbeitern und Heimleitung durchgesetzt werden.

Herr Schubert betont, dass es ein geregeltes Anmeldeverfahren in den Gemeinschaftsunterkünften geben muss. Er bittet hier um Verständnis. Die Durchsetzung der Hausordnung liegt in erster Linie bei dem Träger.

Frau Grasnick erinnert daran, dass am 10.10.2016 von 10:00 -16:30 im Treffpunkt Freizeit die **Integrationskonferenz** der Landeshauptstadt Potsdam stattfindet.

Des Weiteren verweist sie auf die **Interkulturelle Woche 2016**. Die Eröffnungsveranstaltung findet am 25.09.2016 in der Reithalle A statt.

Herr Schubert weist darauf hin, dass in der nächsten Sitzung des GSI-Ausschusses die Benennung der drei Ausschussmitglieder in das **Auswahlgremium für die Förderung der sozial- und gesundheitsfürsorgereischen Projekte 2017** erfolgen muss.

Herr Puschmann macht darauf aufmerksam, dass am 09.09.2016 im Stadion am Luftschiffhafen das **Lauffest zugunsten der Stiftung Altenhilfe** stattfindet, in dessen Rahmen sich auch das Kuratorium der Stiftung Altenhilfe vorstellen wird.

Des Weiteren teilt er mit, dass der **Tag der älteren Generation** in diesem Jahr am 05.10.2016 begangen wird. Unter anderem ist eine Stadtrundfahrt mit der alten Straßenbahn geplant.

Frau Schulze bittet darum, dass in der nächsten Sitzung des GSI-Ausschusses über das Ausschreibungsverfahren zur Suchtberatung und Suchtprävention informiert wird, da offensichtlich eine dreimonatige Versorgungslücke entstehen wird.

zu 5 Sonstiges

Nächster GSI-Ausschuss: 11. Oktober 2016, 18:00 Uhr

Imke Eisenblätter
Ausschussvorsitzende

Martina Spyra
Schriftführerin